



Dossier Google: Kommission für den Zugang zu Dokumenten gibt Mouvement Ecologique Recht: Die Regierung muss “Memorandum of Understanding“ offenlegen!

Die Regierung und die Gemeinde Bissen hatten im Dezember 2018 ein “memorandum of understanding” mit der Firma Google unterschrieben, in dem gewisse Details in Bezug auf die geplante Ansiedlung des Betriebes geregelt wurden. Welche Bestimmungen das Dokument beinhaltet, ist nach außen nicht bekannt.

Das umstrittene Projekt des Datazentrums ist bekanntlich mit erheblichen Auswirkungen u.a. auf den Wasser- und Energieverbrauch verbunden. Zudem ist der Landverbrauch - und vor allem der Verbrauch sehr gutem landwirtschaftlichen Bodens - erheblich, um nur diese Aspekte zu nennen.

Der Mouvement Ecologique, wie auch zahlreiche Bürger*innen, bemängeln seit Monaten die völlige Intransparenz in diesem Dossier. Es werden weder von der Regierung noch von Google selbst konkrete Fakten über die Verbrauchswerte oder den ökonomischen Mehrwert dargelegt...

In der Konsequenz fragte der Mouvement Ecologique sowohl beim Wirtschaftsministerium als auch bei der Gemeinde Bissen das “Memorandum of Understanding” an. Während das Wirtschaftsministerium die Veröffentlichung ablehnte (u.a. aufgrund der „Vertraulichkeit“ der Informationen) beantwortete die Gemeinde die Anfrage nicht.

Daraufhin reichte der Mouvement Ecologique mit seinem Anwalt Beschwerde bei der zuständigen Kommission (“commission d'accès aux documents“) ein, dies auf der Grundlage des Gesetzes vom 14. September 2018 betreffend eine transparente und offene Verwaltung. Die Kommission gab in ihrem Gutachten vom 4. Mai 2020 dem Mouvement Ecologique in allen Punkten Recht: Beim „Memory of Understanding“ zwischen Regierung, Gemeinde und Google handelt es sich gemäß Kommission *nicht* um ein vertrauliches Dokument. Und auch das “Argument“, das Dokument wäre vor dem Gesetz über die “administration transparente et ouverte“ verabschiedet worden und unterliege diesem entsprechend nicht, weist die Kommission ab. Das Dokument, so die Kommission, sei zwar zu einem früheren Zeitpunkt erstellt worden; da es jedoch verfügbar sei, gäbe es keinen Grund, es deswegen nicht zu veröffentlichen.

Die Stellungnahme der Kommission hat eine weitreichende Bedeutung für die Zukunft: sowohl was die Rechte der Bürger*innen allgemein auf Zugang zu Dokumenten angeht, als auch, was das Dossier Google selbst betrifft.

Es müsste an sich nun Schluss sein mit der völlig intransparenten Art und Weise wie im Dossier Google seitens der Regierung und der Firma bisher vorgegangen wurde.

Bleibt zu hoffen, dass die öffentliche Hand nunmehr auch dem Gutachten folgt und das Memorandum zur Verfügung stellt. Seitens des Mouvement Ecologique wurde es jedenfalls erneut angefragt. Sollte der Zugang jedoch erneut verweigert werden, wird der Mouvement Ecologique das Recht vor dem Verwaltungsgericht einklagen.

Mouvement Ecologique, 12. Mai 2020